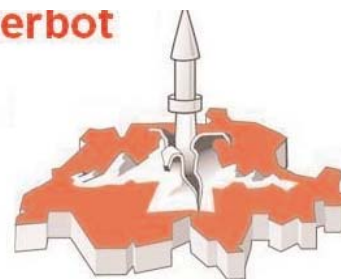


Abstimmungs-Komitee «Ja zum Minarettverbot»  
Postfach 23, 8416 Flaach  
Telefon: 052 301 31 00, Fax: 052 301 31 03  
E-Mail: info@minarette.ch  
PC-Konto 90-709288-5  
Herzlichen Dank für Ihre Spende!  
www.minarette.ch

Minarettverbot

JA



Tatsachen und Meinungen zur Minarettverbots-Initiative

Nr. 30/21.10.2009

## Genf: 1,2 Millionen für Steinigungs-Befürworter

**Eine exorbitante Entschädigungssumme sorgt, wann immer sie im Abstimmungskampf zur Minarettverbots-Initiative zur Sprache kommt, für hochrote Köpfe und heisse Proteste bei den Initiativ-Gegnern. Was sind die Tatsachen?**

Im Mittelpunkt der Affäre steht der Direktor des Genfer Islam-Zentrums, **Hani Ramadan**. Er ist der ältere Bruder des weltweit als Islam-Experte auftretenden Tariq Ramadan, Urheber der Forderung nach einem «Moratorium für Steinigungen». Moratorium heisst: «Jetzt noch nicht, später aber dann schon.»

### Hani Ramadans Aussagen

Hani Ramadan war **Lehrer an einer öffentlichen Genfer Schule**. Im September 2002 äusserte er sich in der französischen Zeitung «Le Monde» zur «Unverstandenen Scharia». Dabei rechtfertigte Hani Ramadan sowohl die **Steinigung** von Ehebrecherinnen als auch das **Handabhacken** als Strafe für Diebstahl. Diese beiden Strafen seien gemäss der islamischen Scharia als «Reinigung» zu verstehen. Lehrer Hani Ramadan hat sie ausdrücklich gutgeheissen.

Darauf wurde er als Lehrer **entlassen**. Die «Rekurskommission des öffentlichen Schuldienstes» im Kanton Genf befand diese Entlassung indessen als «unverhältnismässig». Der geforderten Wiedereinstellung Ramadans entzog sich Genfs Regierung. Sie bot Ramadan aber Stellen in der Justizverwaltung oder im Kantonsarchiv an. Beide Anstellungen kamen nicht zustande.

### Die Entschädigung

Die juristische Auseinandersetzung dauerte fünf Jahre. Ramadan bezog - ohne eine einzige Stunde zu arbeiten - dabei seinen vollen Lohn. Um seine Entlassung durchzusetzen, zahlte ihm der Kanton Genf dann zusätzlich noch 24 weitere Monatslöhne à 10'600 Franken. Und auch noch Fr. 90'000 Anwaltskosten. Insgesamt wurde Genfs Staatskasse also um die **stolze Summe von 1,2 Millionen Franken** erleichtert - weil Genf jemanden, der für Steinigungen und Handabhackungen eintritt, nicht im Schuldienst behalten wollte.

### Bestätigung

Die damalige Erziehungsdirektorin des Kantons Genf, die heutige **Nationalrätin Martine Brunschwig Graf** hat diesen Sachverhalt und die aus dem Sachverhalt resultierende Entschädigungssumme von 1,2 Millionen Franken an Hani Ramadan gegenüber der «Neuen Zürcher Zeitung» am 23. Januar 2008 ausdrücklich bestätigt.

Ist diese horrende Entschädigung etwas anderes als **eifertige Voraus-Unterwerfung** unter Scharia-Recht, das sich auch hier unter dem Zeichen des Minaretts Schritt für Schritt ausbreitet und das vom Islamisten als «Parallelrecht» zum Schweizer Verfassungsrecht hier durchgesetzt werden soll?

Auch darum:

**Ja zum Minarettverbot !**

(us)